



MORNING NEWS 26. Juni 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	24.994,83	254,47	1,03	24.740,36	DJ 30	51.920,62	71,72	0,14	51.848,90
MDAX	31.972,64	53,39	0,17	31.919,25	NASDAQ	29.440,32	220,26	0,75	29.220,06
TEC DAX	3.912,74	38,90	1,00	3.873,84	Nikkei 225	68.945,22	-3.421,12	-4,73	72.366,34
Euro Stoxx50	6.267,53	52,83	0,85	6.214,70	Hang Seng	22.644,49	-432,42	-1,87	23.076,91
Bund Future	127,48	0,11	0,09	127,37	Euro / US-\$	1,1377	0,00	0,06	1,1370
Gold in US-\$	4.014,52	-12,21	-0,30	4.026,73	Öl (Brent) US-\$	73,79	-1,47	-1,95	75,26
Bitcoin / US-\$	59.779,47	412,64	0,70	59.363,54	Ethereum / US-\$	1.546,20	-12,17	-0,78	1.558,32

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	24.754	-240
NASDAQ Future	29.301,75	-423,00

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	130,15	-2,13	-0,02	132,28	148,06	2.685.622,00
Nokia OJ	12,29	0,08	0,01	12,21	13,98	76.693.267,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		
Europäische Unternehmen		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
USA	Bloomberg Wirtschaftsumfrage USA	Juni	12:00	n/a
USA	Vorausbericht Handelsbilanz	Mai	14:30	-85,0 (-83,0) Mrd \$
USA	Einzelhandelsbestände (m/m)	Mai	14:30	0,5% (0,7%)
USA	Lagerbestände im Großhandel (m/m), vorab	Mai	14:30	0,4% (0,6%)
USA	Verbrauchervertrauen Uni Michigan, final	Juni	16:00	50,0 (48,9)

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,23 (1,54)	10-jährige Bonds	+0,063	4,39%
Volumen NASDAQ	9,84 (14,86)	30-jährige Bonds	-0,062	4,86%

()=Vortag

Verluste bei den großen Technologiekonzernen haben die US-Börsen am Donnerstag belastet. Während der technologieelastige Nasdaq-Index nachgab, hielt sich der Dow-Jones-Index im Plus. Investoren wägen starke Signale aus der Chipbranche gegen Sorgen über hohe Ausgaben für Künstliche Intelligenz (KI) sowie neue Wirtschaftsdaten ab.

Der Dow-Jones-Index der Standardwerte schloss 0,1 Prozent höher auf 51.921 Punkten. Der breiter gefasste S&P 500 trat mit 7357 Zählern praktisch auf der Stelle. Der Index der Technologiebörse Nasdaq verlor 0,5 Prozent auf 25.359 Punkte.

Im Fokus standen die Aktien von Halbleiterherstellern. Papiere von **Micron** sprangen nach überraschend guten Quartalszahlen und Prognosen um 15,7 Prozent nach oben. Auch **Sandisk** verzeichneten ein Plus von 22 Prozent. Die

starken Zahlen weckten jedoch auch Bedenken hinsichtlich der schuldenfinanzierten KI-Ausgaben der großen Cloud-Anbieter. "Der Markt hat erkannt, dass die explodierenden Gewinne und Umsätze des einen Unternehmens bedeuten, dass jemand anderes später den Preis dafür zahlt", sagte Carol Schleif, Chefinvestorin beim BMO Family Office.

Apple rutschten um 6,1 Prozent ab. Der Konzern hatte die Preise für seine iPads und MacBooks angehoben, um den steigenden Kosten für Speicherchips entgegenzuwirken. Auch andere Tech-Schwergewichte wie **Nvidia**, **Microsoft** und **Alphabet** gaben zwischen 0,5 und 3,5 Prozent nach.

Auf makroökonomischer Ebene wurden die Anleger mit einer Reihe neuer Daten konfrontiert. Die **US-Inflation** stieg im Mai weiter an und durchbrach aufgrund höherer Energiepreise erstmals seit drei Jahren die Marke von 4,0 Prozent. Dies könnte die US-Notenbank Fed LSEG-Daten zufolge dazu veranlassen, die Zinsen bis zum Jahresende um mindestens 25 Basispunkte anzuheben. Zugleich wuchs die **US-Wirtschaft** im ersten Quartal nach endgültigen Daten mit 2,1 Prozent stärker als zunächst mit 1,6 Prozent angenommen. Zudem fiel die Zahl der Erstanträge auf Arbeitslosenhilfe stärker als erwartet.

Bei den Einzelwerten stachen zudem die Aktien von **Bio-Techne** mit einem Kurssprung von 11,8 Prozent hervor. Der Darmstädter Pharma- und Technologiekonzern Merck übernimmt das US-Biotechunternehmen für 73 Dollar je Aktie in bar. Die Transaktion bewertet Bio-Techne mit rund 11,3 Milliarden Dollar.

US Unternehmen

Die US-Regierung hat **OpenAI** Insidern zufolge aus Sicherheitsgründen gebeten, sein neues KI-Modell nur schrittweise zu veröffentlichen. Dies sagte eine mit dem Vorgang vertraute Person der Nachrichtenagentur *Reuters*. OpenAI-Chef Sam Altman habe der Belegschaft mitgeteilt, dass das neueste Modell, **GPT 5.6**, zunächst **nur ausgewählten Partnern in einer Vorabversion** zur Verfügung gestellt werde, berichtete zuvor das Technologieportal "*The Information*". Dabei werde die Regierung von US-Präsident Donald Trump den Zugang für jeden einzelnen Kunden genehmigen. Die stufenweise Markteinführung erfolge auf Wunsch der nationalen Cyber-Direktion und des US-Büros für Wissenschafts- und Technologiepolitik (*Reuters*).

Der ChatGPT-Entwickler **OpenAI** tendiert einer Zeitung zufolge dazu, seinen **geplanten Börsengang** auf das kommende Jahr zu verschieben. Ursprünglich habe das Unternehmen ein Debüt auf dem Parkett für das dritte oder vierte Quartal dieses Jahres ins Auge gefasst, berichtete die "*New York Times*" unter Berufung auf drei mit den Überlegungen vertraute Personen. Angesichts der jüngsten Marktturbulenzen und der Kursverluste von Technologieaktien hätten Berater in der vergangenen Woche jedoch vor einer geringen Nachfrage von Kleinanlegern gewarnt. Sie hätten die Führungsebene vor die Wahl gestellt, mit dem Börsengang bis 2027 zu warten, um die von OpenAI-Chef Sam Altman geforderte Bewertung von einer Billion Dollar zu erreichen, oder die Zielmarke für ein schnelleres Debüt zu senken. Ein Abrücken von dieser Summe komme für Altman jedoch nicht infrage, sagte einer der Insider (*Reuters*).

Der Satelliten-Internetdienst **Starlink** von Elon Musks Raumfahrtunternehmen SpaceX stellt seinen Nutzern in **Venezuela** nach den beiden Erdbeben für einen Monat kostenlosen Zugang zur Verfügung. Zudem arbeite das Unternehmen daran, rasch Starlink-Terminals aufzubauen und die Internetverbindung in den am schwersten getroffenen Gebieten wiederherzustellen, teilt Starlink auf der Plattform X mit (*Reuters*).

Marktmeldungen

Bund und Länder haben sich auf eine neue Struktur in den **Finanzbeziehungen** geeinigt: Die Bundesregierung und die 16 Bundesländer verständigten sich am Donnerstagabend darauf, dass der Bund ab dem 1. September 80 Prozent der Kosten übernimmt, die auf seiner Ebene beschlossene Gesetze in Ländern und Kommunen auslösen. Die Regelung soll greifen, wenn die Umsetzungskosten für Länder und Kommunen bei einem Gesetz die Grenze von 200 Millionen Euro überschreiten. Die neue Regelung der sogenannten Veranlassungskonnexität gilt nach Angaben von Kanzler Friedrich Merz aber nicht für Steuergesetze und Gesetze, bei denen die Bundesregierung nur EU-Recht umsetzen muss. Sollte eine



Bundesregierung aber über das EU-Recht mit dem sogenannten "Gold-Plating" hinausgehen, müsse sie dafür die Kosten übernehmen, betonte der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, Gordon Schnieder (CDU). Der Bund soll mögliche Zahlungen an Länder und Kommunen über eine Korrektur bei der Verteilung der Einnahmen aus der Umsatzsteuer leisten. Es soll aber zudem eine neue Symmetrie gelten: Wenn der Bund Belastungen für Kommunen und Länder beschließt, sollen die Anteile an der Umsatzsteuer auch wieder zugunsten der Bundesebene verändert werden können. Merz, Schnieder und der niedersächsische Ministerpräsident Olaf Lies (SPD) beschworen nach den Verhandlungen in einer gemeinsamen Pressekonferenz einen neuen Geist im Umgang zwischen Bund und Ländern. Dieser Geist solle auch die Debatten über die anstehenden Steuer- und Gesundheitsreformen prägen (Reuters).

Der **US-Notenbanker John Williams** rechnet erst 2028 statt 2027 mit dem **Erreichen des Inflationsziels** von zwei Prozent. Die aktuelle **Geldpolitik** sei jedoch gut aufgestellt, um den Preisdruck zu verringern, erklärte der Präsident des Fed-Bezirks New York. Zwar dürfte sich die Teuerungsrate im laufenden Jahr auf 3,5 Prozent abschwächen, sie sei jedoch weiterhin zu hoch. Es sei unerlässlich, die Inflation nachhaltig auf den Zielwert von zwei Prozent zurückzuführen, hieß es in seinem Redetext. Der US-Arbeitsmarkt und die Wirtschaft zeigten sich bislang widerstandsfähig gegenüber den Auswirkungen des Krieges im Nahen Osten. Dieser berge weiterhin Risiken und Unwägbarkeiten (Reuters).

Die **Nato** will auf ihrem Gipfel im Juli in Ankara **neue Rüstungsaufträge** in zweistelliger Milliardenhöhe bekanntgeben. Dies kündigt Nato-Generalsekretär Mark Rutte bei einer Rede vor dem Atlantic Council in Washington an. Bei dem Spitzentreffen werde das Bündnis zudem seine **Unterstützung für die Ukraine** zusichern, sagt Rutte weiter. An dem Treffen werde auch der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj teilnehmen (Reuters).

Der **ukrainische Präsident** Wolodymyr Selenskyj billigt nach Beratungen mit dem Geheimdienstchef eine **40-tägige Offensive gegen russische Ziele**. Ziel der Operation sei es, Druck auf den Aggressor auszuüben, um ein Ende des Krieges zu erzwingen, teilt Selenskyj auf dem Kurznachrichtendienst Telegram mit. Eine russische Stellungnahme liegt zunächst nicht vor (Reuters).

Bei einem **Drohnenangriff** auf die russische Region Tula wurde nach Angaben des dortigen Gouverneurs eine Industrieanlage in der Stadt **Nowomoskowsk** beschädigt. Um was für eine Anlage es sich genau handelt, teilt Gouverneur Dmitri Miljajew auf dem Kurznachrichtendienst Telegram nicht mit. In der Gegend befinden sich mehrere große Chemiewerke. Zudem seien Stromleitungen beschädigt und eine Frau verletzt worden, schreibt er weiter (Reuters).

Der **belarussische Präsident** Alexander Lukaschenko warnt die **Ukraine** davor, sein Land in den Krieg zu verwickeln. Er habe Vertretern des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj kürzlich bei einem Treffen in Minsk unmissverständlich gesagt: "Leute, sagt eurem Präsidenten: Wenn er glaubt, dass er so mit uns reden kann - und uns obendrein in einen Krieg hineinziehen kann -, dann muss er verstehen, dass sich die Art des Krieges sofort ändern würde", sagt Lukaschenko im Fernsehen. Belarus habe nicht die Absicht, gegen Ukrainer zu kämpfen (Reuters).

Die vom **Iran** eingesetzte **Schifffahrtsbehörde für den Persischen Golf** (PGSA) garantiert Schiffen in der **Straße von Hormus** abseits der genehmigten Routen keine sichere Durchfahrt. Für die Folgen einer Passage auf nicht freigegebenen Strecken seien die Schiffseigner, Betreiber und Kapitäne verantwortlich, teilt die Behörde auf der Plattform X mit (Reuters).

Die **Schifffahrtsorganisation der Vereinten Nationen** (IMO) setzt nach einem **Angriff auf ein Schiff im Golf von Oman** eine **Evakuierungsaktion** aus. Man wolle zunächst prüfen, ob die notwendigen Sicherheitsgarantien weiterhin bestehen, teilt IMO-Generalsekretär Arsenio Dominguez mit. Das angegriffene Schiff sei nicht Teil des Evakuierungs-Programms gewesen, heißt es weiter (Reuters).

Der **israelische Verteidigungsminister** Israel Katz lehnt einen Truppenabzug aus dem **Libanon** trotz Drucks ab. Die Armee werde so lange wie nötig in den Sicherheitszonen des Nachbarlandes, in Syrien und im Gazastreifen bleiben, sagt Katz. Ein Rückzug aus diesen Gebieten komme nicht infrage (Reuters).

Südkorea will nach Angaben der Regierung seine **Drohnen- und Anti-Drohnen-Streitkräfte** massiv ausbauen und dafür 500.000 sogenannte "Drohnen-Krieger" ausbilden. Damit solle das Arsenal an unbemannten Waffensystemen vergrößert werden, um Nordkorea etwas entgegenzusetzen, teilte das Verteidigungsministerium am Freitag mit. Bis 2029 plane das Militär die Herstellung von 110.000 Drohnen für Heer, Marine, Luftwaffe und Marineinfanterie, mit dem Ziel, Drohnen zu einem Standardausrüstungsgegenstand für jeden einzelnen Soldaten zu machen. Zudem sollen mehr als 20.000 kostengünstige Einwegdrohnen angeschafft werden. Drohnen dürften nicht länger nur von wenigen Einheiten genutzt werden, sondern müssten ein universelles Kampfmittel werden, sagte Verteidigungsminister Ahn Gyu-back. Sie sollten von den Soldaten wie eine "zweite persönliche Waffe" eingesetzt werden (Reuters).

Bei den Erdbeben in **Venezuela** steigt die **Zahl der Todesopfer** auf rund 235. In den Gesundheitszentren seien etwa 235 Patienten ohne Lebenszeichen angekommen oder kurz nach ihrer Einlieferung gestorben, teilt Gesundheitsminister Carlos Alvarado in einem Interview mit dem staatlichen Fernsehen mit (Reuters).

Die **Inflation** in der japanischen Hauptstadt **Tokio** hat sich im Juni beschleunigt und signalisiert einen zunehmenden Preisdruck durch den Nahost-Konflikt. Damit verharrt sie aber den fünften Monat in Folge unter dem Zielwert der Zentralbank Bank of Japan (BOJ). Der Kernindex der Verbraucherpreise, der die schwankungsanfälligen Kosten für frische Lebensmittel ausklammert, stieg im Jahresvergleich um 1,6 Prozent, wie aus am Freitag veröffentlichten Daten hervorgeht. Analysten hatten mit diesem Wert gerechnet, nachdem der Anstieg im Mai noch bei 1,3 Prozent gelegen hatte. Ein weiterer Index, der zusätzlich die Energiekosten herausrechnet, kletterte im Juni auf 1,9 Prozent nach 1,6 Prozent im Vormonat (Reuters).

Banken

Die Dienstleistungsgewerkschaft **Verdi** beobachtet den Übernahmekampf um die **Commerzbank** "mit großer Besorgnis" und fordert eine Untersuchung durch die Finanzaufsicht **Bafin**. Das geht aus einem am Donnerstag verschickten Brief des Verdi-Bundesvorstandsmitglieds Christoph Schmitz-Dethlefsen an Bafin-Chef Mark Branson hervor, der dem *Handelsblatt* vorliegt. Die Bafin wollte sich dazu nicht äußern. "Unsere Sorge betrifft insbesondere die Transparenz und die Nachvollziehbarkeit der öffentlichen Kommunikation durch Unicredit", heißt es in dem Schreiben. "Wir regen daher an, zu prüfen, ob die von Unicredit veröffentlichten Angaben zu Annahmeständen bzw. Beteiligungspositionen den gesetzlichen Anforderungen genügen." Das beziehe sich besonders auf Klarheit, Objektivität und eine angemessene Transparenz.

Einzelhandel

Der Online-Modehändler **Zalando** ist ins Visier der Finanzaufsicht **BaFin** geraten. Es lägen konkrete Anhaltspunkte dafür vor, dass die Zalando SE gegen **Rechnungslegungsvorschriften** verstoßen hat, teilte die BaFin mit. Daher sei am 19. Juni 2026 eine Prüfung des gebilligten Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2025 und des zugehörigen Lageberichts eingeleitet worden. Laut BaFin wurden im Anhang des Konzernabschlusses Angaben zu einer Transaktion mit einem nahestehenden Unternehmen im Rahmen des Erwerbs der About You Holding SE möglicherweise fehlerhaft unterlassen (Reuters).

Der seit einem Jahr amtierende **Puma**-Vorstandschef will dem Traditionsunternehmen aus Franken ein völlig neues Gesicht geben. "Wir sind dabei, unser komplettes Design, die ganze Optik von Puma zu überarbeiten", sagt Arthur Höld im Interview mit dem Nachrichtenmagazin *Focus*. Dies gelte sowohl für die Farben, in denen die Schuhe und Textilien gestaltet werden, als auch für die beiden Markenzeichen, die auf den Produkten platziert werden. Pumas Designer überarbeiten laut Höld "die Art und Weise, wie wir unsere beiden Logos - die Raubkatze und den Formstrip - einsetzen".



Puma werde wieder "eine erkennbare Handschrift bekommen". Ob dies so weit geht, wie Konkurrent Adidas jeweils ein eigenes Logo für die Sport- und für Lifestyle-Produkte zu verwenden, ist noch offen (Focus).

Öl & Gas

Der französische Ölkonzern **TotalEnergies** muss nach einer Gerichtsentscheidung seine mit Öl- und Erdgasprodukten verbundenen **Klimarisiken** offenlegen. Zudem muss der Konzern Pläne vorlegen, wie er diesen Risiken begegnen will. "Klimarisiken, zu denen Unternehmen durch ihre Tätigkeit beitragen können, fallen in den Anwendungsbereich der Sorgfaltspflicht", hieß es in einer Mitteilung des Pariser Gerichts zu dem Urteil am Donnerstag. Das Gesetz wolle die Unternehmen nicht für diese Risiken verantwortlich machen, die aus der gesamten menschlichen Aktivität seit der industriellen Revolution resultieren. Es verlange von ihnen jedoch, entsprechend ihrer Situation zu handeln (Reuters).

Technologie

Die **Samsung-Gruppe** will einem Zeitungsbericht zufolge in den kommenden zehn Jahren umgerechnet rund 648 Milliarden Dollar (1000 Billionen Won) in **Südkorea** investieren. Davon seien 300 Billionen Won für den Bau von Chipfabriken im Südwesten des Landes vorgesehen, berichtete die Zeitung "Maeil Business Newspaper", ohne konkrete Quellen zu nennen. Die Pläne sollen am Montag bei einem Treffen mit Präsident Lee Jae Myung vorgestellt werden. Daran nahmen auch Führungskräfte von Samsung Electronics und dem Konkurrenten SK Hynix teil. Die Chiphersteller, deren Produktionsstätten sich bislang auf den Großraum Seoul konzentrieren, stehen unter Druck, ihre Investitionen stärker auf andere Regionen des Landes zu verteilen. Das südkoreanische Präsidialamt hatte am Donnerstag eine Pressekonferenz zu "drei Mega-Projekten" angekündigt. Samsung war zunächst nicht für eine Stellungnahme zu erreichen (Reuters).



STEBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

